

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Pastor-Leinung-Platz 10 · 47533 Kleve

An den
Bürgermeister der Stadt Kleve
Herrn Wolfgang Gebing
Rathaus
47533 Kleve

Fraktion im Rat der Stadt Kleve

Dr. Hedwig Meyer-Wilmes
Fraktionsvorsitzende

Fraktionsbüro
Pastor-Leinung-Platz 10
47533 Kleve
Tel.: +49 (2821) 84338
fraktion@gruene-kleve.de

Kleve, 8. November 2021

Antrag auf Erweiterung des Stadtentwicklungskonzepts um ein kommunales Gewaltschutzkonzept

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im kommenden Jahr soll das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Kleve fortgeschrieben werden. Wir beantragen, dass im Rahmen dieser Fortschreibung ein kommunales Gewaltschutzkonzept als Bestandteil des Stadtentwicklungskonzepts erstellt wird.

Begründung:

Am 1. Februar 2018 ist in Deutschland die Istanbul-Konvention, das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, in Kraft getreten. Darin verpflichtet sich Deutschland zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Maßnahmen betreffen die Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, den Schutz der Opfer und die Bestrafung der Personen, die gewalttätig werden. Zugleich werden die Gleichstellung von Mann und Frau und das Recht von Frauen auf ein gewaltfreies Leben gestärkt.

Es wird Handlungsbedarf gesehen bei der Weiterentwicklung bedarfsdeckender, zugänglicher Beratungs- und Schutzangebote für alle von Gewalt Betroffenen, die Verstärkung des Gewaltschutzes insbesondere für Flüchtlingsfrauen, Frauen mit Behinderung, wohnungs- und obdachlose Frauen sowie Kinder.

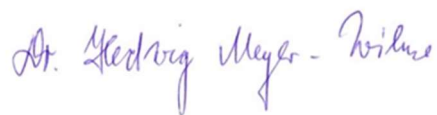
In diesem Jahr findet zum 40. Mal der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen statt. Seit mehr als 20 Jahren existieren im Kreis Kleve die „Runden Tische für ein gewaltfreies Zuhause“. Die Stadt Kleve unterstützt die vielfältigen Beratungs- und Schutzangebote. Dennoch muss Gewaltschutz auf kommunaler Ebene stärker in den Vordergrund rücken, zumal auch in Kleve die häusliche Gewalt seit der Pandemie zugenommen hat.

Ein kommunales Gewaltschutzkonzept würde regeln, dass bei städtischen Baumaßnahmen immer auch der Gewaltschutzaspekt berücksichtigt wird. So sollen etwa bei der Gestaltung öffentlicher Plätze durch entsprechende Beleuchtung keine Angsträume entstehen. Gut einsehbare Spielplätze und mit Notrufnummern ausgestattete Bänke, die zusätzliche Sicherheit bieten, sind weitere Maßnahmen zur Prävention von Gewalt. Eine zentrale Rolle spielen nicht zuletzt auch geschützte Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Frauen in der Innenstadt.

Dies sind nur einige Beispiele, die zum Teil bereits realisiert werden.

In einem Gewaltschutzkonzept, integriert ins Stadtentwicklungskonzept, würden Ziele und Kriterien, Handlungsleitlinien und Maßnahmen festgeschrieben. Auch dient es der Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung bezüglich des bestehenden Risikos von Gewalt im öffentlichen Raum.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in purple ink, reading "Dr. Hedwig Meyer-Kohlmeier". The signature is written in a cursive style.

Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Kleve